

BAUWIRTSCHAFT UND BAURECHT

AUSSTELLUNGEN, MESSEN

HERAUSGEBER: REG.-BAUMEISTER FRITZ EISELEN

Alle Rechte vorbehalten. — Für nicht verlangte Beiträge keine Gewähr.

61. JAHRGANG

BERLIN, DEN 12. JANUAR 1927.

Nr. 1

Die Aussichten für das Baujahr 1927.

Antworten auf eine Umfrage. (Schluß aus Nr. 1/2 des Hauptblattes.)

Senator Stadtbaurat Elkart, Hannover.

Gegenüber den Vorjahren haben sich die Vorbedingungen für die Bautätigkeit für das Jahr 1927 gebessert. Der Geldmarkt zur Erlangung von Zwischenkrediten und I. Hypotheken ist günstiger, die Zinssätze sind etwas zurückgegangen und übersichtlicher geworden. Außerdem sind von vornherein die Erhebung der Hauszinssteuer und der Anteil für die Unterstützung des Wohnungsbaues für das ganze Jahr festgelegt. Die Gemeinden sind somit jetzt schon in der Lage, ihr Wohnungsbauprogramm für das neue Jahr aufzustellen, so daß überall im zeitigsten Frühjahr mit dem Bauen begonnen werden kann. Trotz dieser besseren Vorbedingungen darf aber vom neuen Jahre nicht zuviel erwartet werden. Staat, Gemeinden und Privatwirtschaft werden mit Rücksicht auf ihre finanzielle Lage nur das Nötigste bauen. Der Wohnungsbau aber, der wegen der immer noch herrschenden Wohnungsnot das Allernotwendigste wäre, kann sich immer noch nicht frei entfalten, da seine Wirtschaftlichkeit noch nicht gegeben ist. Die jetzigen Zinssätze sind noch viel zu hoch. Die sich ergebenden Verzinsungen der Baugelder können durch Mieten nicht gedeckt werden. Ohne die Unterstützung aus öffentl. Mitteln wäre der Wohnungsbau bei solchen Zinssätzen und bei dem heutigen Einkommen überhaupt nicht durchführbar. Die für diese Zwecke zur Verfügung gestellten öffentl. Mittel aus der Hauszinssteuer sind aber zu gering, um eine Bautätigkeit zu entfalten, wie sie notwendig wäre, um in absehbarer Zeit aus der Wohnungsnot herauszukommen. Von allen möglichen Vereinigungen und Verbänden ist wiederholt darauf hingewiesen und gefordert worden, daß ein langfristiges Bauprogramm mit möglichst weitgehender finanzieller Bewegungsfreiheit für die Gemeinden aufgestellt werden soll mit dem Ziel, daß jährlich mind. 250 000 Wohnungen erbaut werden können. Nur bei einem solchen langfristigen Bauprogramm, das den Gemeinden feste Einnahmen für eine Reihe von Jahren sichert, ist es ihnen möglich, die fehlenden Mittel selbst zu beschaffen.

Aber bisher ist etwas Positives in dieser Hinsicht noch nicht bekanntgeworden. Obwohl wir im achten Jahre nach Beendigung des Krieges stehen, ist noch keine Aussicht vorhanden, wann die Wohnungsnot und die Wohnungszwangswirtschaft beendet sein werden. Es wird von Jahr zu Jahr weitergewurstelt, anstatt daß diese vornehmste Aufgabe in großzügigster Weise unter Zurückstellung aller politischen und Sonderinteressen zum Besten des ganzen Volkes gelöst wird. —

Arch. Fritz Höger, Hamburg.

Die Bauaussichten für das Jahr 1927 sind gegenüber dem Vorjahr als besser anzusehen. Dominierend sind natürlich die Wohnungsbauten (die sogen. Baublocks) zur Unterbringung der noch immer in großen Massen fehlenden Wohnungen, und zwar vorzugsweise Klein-Wohnungen. Vorgesehen sind allein in Hamburg für das kommende Jahr etwa 7000 neue Klein-Wohnungen, ungerechnet die bereits in Ausführung begriffenen Wohnungsblocks. Sämtliche derartigen Neubauten sind fast ausschließlich mit Staatsmitteln (staatl. Beleihungskassen) finanziert, und wird nur $\frac{1}{2}$ des Baugeldes aus dem freien Markt entnommen. Da das Beleihungskassengeld durchweg an 2. Stelle steht, ist die Beschaffung des letzten Drittels im freien Geldmarkt verhältnismäßig leicht. Trotzdem ist jedoch immer erforderlich, daß der Bauende bzw. der Übernehmer selbst über 10 v. H. der Bausumme als Eigenkapital verfügen

muß. In Anbetracht dieser einigermaßen gesicherten Geldverhältnisse, wären die Zustände auf dem Wohnungsbauarkt ganz solide. —

Die Industrie baut nur in verschwindendem Maße und beschränkt sich diese Bautätigkeit auf notwendige Umbauten. Trotzdem haben einige Industrien noch den Mut, einige größere Fabrikbauten zu bauen, wozu einige größere Bauaufträge vorliegen. Auch Bauten zu Lagerhauszwecken sind in neuerer Zeit wieder geplant und in Angriff genommen worden.

Der Bau von reinen Bürohäusern ist fast ganz eingestellt, und liegt hier in Hamburg zur Zeit nur ein ganz großer Bauplan vor, der vorläufig jedoch nur als Gemischtbau (Wohnungen, Läden und Büros) geplant ist.

Der einzige große Auftraggeber ist zur Zeit immer noch der Staat mit seinen Neubauten für Schul- und andere öffentl. Zwecke, die auch für das kommende Baujahr vorgesehen, bzw. in Bau begriffen sind. Diese an sich gesunden Bauaufgaben werden durch das Unterbieten bei öffentl. Verdingungen leider eher schädigend als fördernd auf das gesunde Unternehmertum wirken. Neue Wege- und Bahnbauten sind auch für das kommende Jahr als Staatsbauten vorgesehen. Der Bau von bürgerlichen Wohn- und Einzelhäusern als Verkaufsobjekt hat fast ganz aufgehört, da derartige Häuser als Verkaufsobjekt fast immer einen Verlust für den Unternehmer bedeuten und kaum gewinnbringend zu verkaufen sind. Aufträge von Privatleuten für einzelne Wohnhäuser liegen kaum vor.

Der Schwerpunkt des Baujahres 1927 wird immer noch bei Wohnungsbauten und staatl. Aufträgen liegen. Man darf sagen, daß in Hamburg nach den vorliegenden Bauaufgaben zu urteilen, das Baugewerbe immer noch von allen Städten am besten beschäftigt sein wird. —

Arch. u. Bauunternehmer Gebr. Rank, München.

Allem Anschein nach liegen die wirtschaftl. Verhältnisse bei uns in Südbayern anders als in Norddeutschland, wo bereits von dem Beginn einer Hochkonjunktur gesprochen wird.

Bei uns in München läßt sich leider immer noch keine Besserung des Wirtschaftslebens ersehen. Wir haben überall gedrückte Preise, einen sehr geringen Beschäftigungsgrad und außerordentliche Zahlungsmittelnot. Die hauptsächlichste Beschäftigung im Baugewerbe bildet hier der Kleinwohnungsbau, während die Industrie als Auftraggeberin gänzlich versagt. In letzter Zeit sind einige Lose der Mittleren Isar und des Rhein-Main-Donau-Kanals vergeben worden, mit deren Ausführung einige wenige Firmen beschäftigt sind; die Mehrzahl der Baufirmen ist jedoch nur gering beschäftigt. Auch für das Jahr 1927 dürfte eine wesentliche Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage kaum erwartet werden. —

Georg Mauss, Direktor der Ilse-Ziegeleien, Grube Ilse, N.-L.

Das neue Baujahr zu beurteilen ist nicht leicht. Wohl auf keinem Gebiete sind in der Nachkriegszeit die Voraussetzungen so erschwert worden wie hier. Im vergangenen Jahre sind Unzählige über die Entwicklung des Baumarktes getäuscht worden. Man konnte annehmen, daß unter dem Druck der öffentl. Meinung, der hohen Arbeitslosenziffer und dem Schrei nach Wohnraum ein gutes Baujahr bevorstände, aber man konnte nicht wissen, daß der Preuß. Landtag die Hauszinssteuerverordnung und damit die Zuführung der Gelder zum Wohnungsbau weit ins neue Baujahr hinein verzögern würde.

Das Jahr 1927 ist von Parlamentsbeschlüssen in dieser Richtung nicht abhängig. Der Wunsch, die Wirtschaft von der Baumarktseite her zu beleben, besteht noch, ebenso auch der Bedarf an Wohnraum. Man kann deshalb mit Recht eine Förderung der Bautätigkeit erwarten, nach der allgemeinen Lage aber kaum, daß sie sich über den Rahmen des vergangenen Jahres bewegt, so wünschenswert das wäre.

Sollte gegenüber dem Vorjahre keine wesentliche Steigerung eintreten, so bedeutet das für die Baustoffindustrie — und ich habe dabei das mir naheliegende Gebiet der Ziegelindustrie im Auge — keine Erleichterung ihrer Lage. Die Leistungsfähigkeit der Ziegelindustrie ist im letzten Jahre mit nur etwas über die Hälfte ausgenutzt worden. Preisschwankungen, die Folge eines fehlenden einheitl. Bauprogramms, haben nur wenig Nutzen gelassen, dafür aber der Industrie häufig genug den Vorwurf der Überteuering eingebracht. Und trotzdem hat die Ziegelindustrie auf dem Wege industrieller Rationalisierung eine neue Etappe hinter sich. Bei jeder ansteigenden Konjunktur melden sich auch neue Bauweisen als vorübergehende Konkurrenten des altbewährten Ziegelbaues, die sich immer mit der Behauptung einführen, daß der Ziegelbau überlebt sei.

Das ist erfreulicherweise nicht der Fall, sondern gerade im letzten Jahre haben sich neue Architektenkreise dem Ziegelbau zugewandt, namentlich, soweit er im Klinkerbau und in der Baukeramik dem Künstler. Geschmack neue und eigenartige Mittel zur Verfügung stellte. Es ist anzunehmen, daß diese Bewegung nach Solidität und Farbe im neuen Jahre zunimmt. Wenn man aber dem Ziegelbau als Mittel äußerer Gestaltung wieder einen hervorragenden Platz einräumt, ist anzunehmen, daß man den bewährten Ziegel auch konstruktiv verwendet.

Diese Hoffnungen werden sich jedoch aber nur dann erfüllen können, wenn aus der Wirtschaft selbst die nötigen Überschüsse entstehen, die man schon immer mit Vorliebe neuen Bauten als Kapitalanlage oder aus Ausdehnungsbedürfnis heraus zuführte. Die seitherige Belegung des Baumarktes nur durch Beihilfen wird keine dauernde Belegung des Baumarktes bringen. Sie ist nur dann zu erwarten, wenn Sparkapital den Baumarkt sucht oder Industrie und Landwirtschaft in der Lage sind, erworbene Mittel in Neubauten und Erneuerungen sicher anzulegen. —

C. Hofmann, Tonwerk Buchwäldchen G. m. b. H.

Für meine vereinigten Betriebe schätze ich die Aussichten für das Geschäft des kommenden Jahres gut ein. An und für sich versprechen die verschiedenen Pläne, die vielfach durchaus erster Natur sind, eine rege Beschäftigung für den Baumarkt und das Baugewerbe. Der Rohbau wird ohne Zweifel auch nächstes Jahr stark Platz greifen, ich nehme an, viel mehr als bisher. Berücksichtigt man die verschiedenen Werbeschritte des Klinkers aus der jüngsten Zeit, wie die 1. und 2. Deutsche Ziegelbau-Ausstellung usw., so dürfte meine anfangs geäußerte Meinung begründet sein. —

Fachverb. der Tafelglasindustrie, Berlin, Geschäftsführer Datzmann.

Die Tafelglasindustrie geht mit gewissen Erwartungen in das Baujahr 1927 hinein. Sie glaubt, daß doch eine Reihe von Umständen hierzu berechtigt: Einmal darf man nach den Berichten über die allg. Wirtschaftslage hoffen, daß die im Zusammenhang mit dem engl. Kohlenstreik eingetretene Besserung der Wirtschaftsverhältnisse i. J. 1927 noch anhalten wird; sodann sind gewisse Anläufe auf allmählichen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft nicht zu verkennen, die in Verbindung mit in Aussicht stehender Mietzinssteigerung belebend auf die Bautätigkeit einwirken werden. Schließlich ist aber zweifellos das Baujahr 1927 auch organisatorisch und finanziell besser vorbereitet als die zurückliegenden Baujahre: Das ganze Problem des Wohnungsbaues, die Fragen des tatsächl. Wohnungsbedarfs, der Baukosten und der Mittelaufbringung sind im Laufe der Zeit übersichtlicher geworden, wenn es auch noch nicht gelungen ist, ein großzügiges Bauprogramm auf längere Zeit aufzustellen; während i. J. 1926 infolge parlamentarischer Schwierigkeiten bei der Hauszinssteuer-Gesetzgebung die Zuschußmittel für den Wohnungsbau erst verhältnismäßig spät ihrer Höhe nach feststanden und ausgeschüttet werden konnten, werden sie 1927 nach den Zusicherungen der Regierungsstellen schon frühzeitig zur Verfügung stehen. Es gibt sonach immerhin eine Reihe von Gesichtspunkten, die ein Anrecht zu geben scheinen, dem Baujahr 1927 mit Optimismus entgegenzusehen.

Die Fensterglasindustrie ist jedenfalls auf erhöhte Ansprüche an Bauglas im kommenden Jahre gerüstet, gleich-

viel ob es sich um mundgeblasenes oder maschinell gezo- genes Bauglas handelt. Auf irgendwelche Einfuhr ausländischen Glases braucht der deutsche Baumarkt nicht zurückzugreifen, auch wenn, was vom Standpunkt der Volksgesundheit sicher erstrebenswert erscheint, der für die Wohnräume in Betracht kommende Fensterraum in der kommenden Bauweise wieder wesentlich vergrößert würde. Auch was die Qualitäten anlangt, so können alle gestellten Wünsche befriedigt werden, die Qualität des deutschen Fensterglases steht auf voller Höhe. Es wäre nur zu wünschen, daß die Bau-Unternehmer bald wieder zu dem Vorkriegsgrundsatz zurückkehren möchten, für Wohnungsbauten nicht gerade die schlechteste Qualität, sondern nur bessere Qualitäten zu verwenden. Der Preisunterschied ist hierbei im Rahmen der gesamten Baukosten ohne jede Bedeutung, keinesfalls aber ist es bedeutungslos für den Inhaber, ob eine schlechtere oder bessere Sorte zur Verglasung verwendet ist. —

Deutscher Gips-Verein, Berlin.

Die Aussichten für die Beschäftigung der Gipsindustrie im Baujahr 1927 werden allgemein als günstig beurteilt, weil das Baugewerbe die Vorzüge der Gipsverwendung immer mehr erkennt. Ein Zusatz von Gips zum Kalkgipsmörtel im Verhältnis von 1:14 macht diesen geschmeidig und schneller erhärtend, wodurch die Leistungsfähigkeit des Putzes erhöht wird. Zum andern besteht Hoffnung, daß die Wohnungen, die während und in der Nachkriegszeit hergestellt wurden und berechtigten Anforderungen hinsichtlich der Wärmehaltung nicht entsprechen, mit Gipsdielen ausgekleidet werden, weil dieses der billigste Weg ist, die Wärmehaltigkeit auf das genügende Maß zu erhöhen. Für das deutsche Wirtschaftsleben ist zu begrüßen, daß bei den Neubauten größtes Gewicht auf die Wärmehaltigkeit gelegt wird, um den Posten „Heizung“ für die Bewohner herabzumindern. —

Wilhelm Kimbel i. Fa. Kimbel & Friederichsen, Berlin.

Auf Ihre Rundfrage über die Aussichten des Baujahres 1927 wage ich nicht mit irgendeiner Prophezeiung zu antworten. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß unsere Kommunen sowohl wie die Länder und das Reich selbst im Begriff sind, den Steuerzahler auszurotten, um der öffentlichen Hand alle über die Lebenshaltung hinausgehenden Mittel zuzuführen.

Wie man diesen Prozeß bezeichnet, ist gleichgültig, fest steht nur das eine, daß die persönliche Initiative niemals ersetzt werden kann durch einen bis ins Unendliche geschachtelten Verwaltungsapparat.

Die ganze Baupolitik der Behörden zieht, wie ein Schwamm das Wasser, das Geld aus Handel und Verkehr, um es auf dem umständlichsten und kostspieligsten Wege zu verbauen.

Auf diesem Wege verschluckt der Verwaltungsapparat für die öffentliche Bautätigkeit meiner Schätzung nach 40 v. H., ehe überhaupt das Geld dem eigentlichen Zweck des Bauens zugeführt wird.

Nimmt man dazu noch die vollkommen einseitige Einstellung unserer Behörden zugunsten einer Unzahl von Genossenschaften, die angeblich nur um sozialer Gesichtspunkte willen bauen, so dürfte es klar sein, daß die private Bautätigkeit und das Handwerk selbst nicht zu Kräften kommen können.

Was nun das private Bauen angeht, das man lie und da noch antrifft, so mögen ja einzelne Persönlichkeiten in unserer Volke immer noch in der Lage sein, einen mit größeren und besseren Mitteln zu schaffenden Bau für sich ausführen zu lassen. Hier und da mag das auch geschehen, für den Umfang des qualifizierten deutschen Bauhandwerkes sind diese Fälle aber viel zu gering, so daß für unser Baugewerbe und das Handwerk, mag es nun sein welches es will, sehr trübe Aussichten bestehen, denn die Siedlungsbauten sind nichts weiter als Futter für die ödeste Massenfabrikation.

Der Wahnsinn, daß jede Form von Luxus nicht nur mit Mißtrauen, sondern mit ausgesprochener Mißbilligung betrachtet wird, führt zweifellos dazu, daß die Neigung des Besitzes, sich durch einen schönen Bau mit seinem Inhalt zu betätigen, immer mehr hinfällig wird.

Man vergißt ganz, daß es für die Arbeitskräfte selbst, die nötig sind, diesen Luxus zu befriedigen, niemals Luxus gewesen ist, sondern ein Broterwerb, eine Existenz, die genau so berechtigt ist wie jede andere. Daß unsere Siedlungsbauten aussehen wie etwas bessere Scheunen, liegt mit in dieser eben angeführten Tendenz, die an sich berechtigt ist, wo es sich um Notbauten handelt, daß man aber den Wohlstand nicht nur von Staats wegen, sondern auch in der öffentlichen Meinung unter Strafe stellt, sowie er sich zeigt, ist ein volkswirtschaftlicher Wahnsinn. Man

soll, um ehrlich zu sein, dann auch die Konsequenzen ziehen und soll nicht fortwährend von Hebung der Kunst reden, während man die angewandte Kunst im praktischen Effekt ausrottet. Die Kunst besteht doch nicht nur aus Staffeleibildern und Salonplastiken, die der Künstler auf eigenes Risiko herstellt sowie aus Wettbewerbsentwürfen.

Man kann sich sogar mit vollem Recht auf den Standpunkt stellen, daß die angewandte Kunst die höchste Form der Kunst überhaupt darstellt.

Alles in allem weiß ich nicht, woher die Besserung kommen soll. Nach außen Tribut zahlen und nach innen einen Steuerdruck, zu dessen Durchführung ganze Armeekorps von Beamten notwendig sind, deren Kosten die Frage auftauchen lassen, ob es denn in unserem geplagten Vaterlande keinen Staatsmann gibt, der instande ist, ein Steuersystem auszudenken, bei dem die Eintreibung, Bearbeitung und Kontrolle der Steuern an sich um das Vielfache billiger wäre als es jetzt der Fall ist. Der Überschuß, der sich daraus ergeben würde, wäre das beste Mittel, unser Bauhandwerk wieder in Gang zu bringen. —

Hermann Narjes, Generaldirektor der Terranova- und Steinputzwerke G. m. b. H., Düsseldorf.

Prophezeien ist eine schwierige Sache! Gerade im Bauwesen muß man mit Voraussagungen besonders vorsichtig sein, da ja der gesamte Wohnungsbau leider durch staatliche Maßnahmen geregelt wird und die Wohnungsfürsorgegesellschaften, wie die Erfahrungen bisher gezeigt haben, ziemlich schwerfällig arbeiten. Das Jahr 1926 hatte jedenfalls gezeigt, daß die für den Wohnungsbau bestimmten Hauszinssteuer-Hypothekengelder viel zu spät zur Auszahlung gelangt sind, und dadurch ist die ganze Bautätigkeit stark gehemmt worden. Sofern für das Jahr 1927 in dieser Hinsicht besser Vorsorge getroffen wird, darf man wohl auf ein früheres Einsetzen der Bautätigkeit rechnen. Die Bauvorhaben in den einzelnen Reichsgebieten für den Wohnungsbau sind umfangreich und die Nachfrage nach Wohnungen nach wie vor ungeheuer, jedoch sind die Zinssätze der Baugelder immer noch sehr hoch.

Die Entwicklung des Bauwesens hängt aufs innigste mit der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Industrie, Handel und Landwirtschaft zusammen. In den letzten Monaten hat die Wirtschaftslage, wenn auch langsam, sich günstiger gestaltet, so daß eine allmähliche Kapitalansammlung wieder stattfindet. Die Bildung des durch die Kriegs- und Inflationszeit zerstörten Privatkapitals halte ich aber für die wichtigste Grundlage einer wieder neu aufblühenden Bauwirtschaft. Ich glaube daher, daß das Jahr 1927 sich zu einem befriedigenden Baujahr gestalten wird. —

Held & Francke A.-G., Berlin.

Ihre Anfrage über die Aussichten für das kommende Jahr ist sehr schwer zu beantworten. Wir können nur ganz allgemein sagen, daß die Bautätigkeit davon abhängen wird, welche Mittel für den Wohnungsbau bereitgestellt werden. Ob die Industrie mit großen Aufträgen kommen wird, ist fraglich, es wird dies wieder von der Beschäftigung der Industrie abhängen und von den Geschäften, die sie macht. Die elektr. Industrie wird wahrscheinlich noch mit Kraftwerksbauten auf der Bildfläche erscheinen.

Für den Tiefbau liegen die Verhältnisse vielleicht günstiger, weil hier ein großes Programm für den Ausbau von Kanälen, Stauwerken usw. geplant ist, wofür auch schon zum großen Teil die Mittel bereitgestellt sind.

Allgemein betrachtet, neigen wir zu der Ansicht, daß das Jahr 1927 nur mittelmäßig sein wird. Aber niemand ist in der Lage, heute schon zu sagen, wie sich die Dinge für die Zukunft gestalten werden. Für die Gestaltung der Geschäftslage sprechen soviel Dinge mit, sei es die innere Politik oder die Beziehungen zum Ausland, daß in kurzer Zeit die Aussichten schon ganz andere sein können, als sie heute erscheinen. —

Deutscher Eisenbau-Verband, Berlin.

Die deutsche Eisenbauindustrie, die heute auf der Höhe ihrer technischen Entwicklung steht, hat wie in den früheren Nachkriegsjahren auch im vergangenen Jahre an erheblichem Auftragsmangel gelitten.

Die auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogrammes der Reichsbahn herausgegebenen Arbeiten konnten naturgemäß den fast gänzlichen Ausfall der Aufträge privater Hand ebensowenig ausgleichen, wie die festgestellte geringe Belegung des Auslandsmarktes gegenüber dem Vorjahre.

So erfreulich diese letztere Tatsache an sich ist, weil durch sie die ungeschwächte Leistungsfähigkeit der deutschen Eisenbauindustrie und deren Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der unter günstigeren Bedingungen arbeitenden Auslandskonkurrenz bewiesen wird, so ist der Einfluß, den

ein erweiterter Auslandsabsatz auf den Beschäftigungsgrad der gesamten Eisenbauindustrie ausüben kann, doch nur gering und kann den stark geschmälernten Inlandsmarkt in keiner Weise ersetzen.

Die wirtschaftl. Auswirkungen dieses Gegensatzes zwischen der großen Kapazität der Eisenbauanstalten einerseits und des geringen Arbeitsaufkommens andererseits treffen die deutsche Eisenbauindustrie als den Hersteller großer Individualerzeugnisse insofern besonders schwer, als die einzelnen Werke zum dauernden Unterhalt eines großen und kostspieligen techn. Apparates gezwungen sind, um den an sie herantretenden (leider zu seltenen) Aufgaben jederzeit gerecht werden zu können.

Die deutsche Eisenbauindustrie, deren Entwicklung und Beschäftigung im erheblichen Umfange von der Konjunktur auf dem Baumarkte abhängt, hat von Jahr zu Jahr vergeblich auf eine durchgreifende Besserung der Verhältnisse auf dem Baumarkte gewartet und sieht auch dem kommenden Jahre mit keinen allzu großen Hoffnungen, aber mit ungeschwächtem Wagemut entgegen. —

Deutscher Kalk-Bund, G. m. b. H., Berlin.

Von jeher ist die Bautätigkeit in erster Linie eine Kapitalfrage. Auch im Jahre 1927 wird sie nur nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen können. Bei der augenblicklichen Form der Finanzierung des Wohnungsbaues ist nicht zu erwarten, daß der jährliche Neubedarf an Wohnungen mit den aufkommenden Mitteln gedeckt wird. Von einer guten Baukonjunktur muß man erwarten, daß sie einmal den Neubedarf des laufenden Jahres deckt und darüber hinaus noch einen erheblichen Teil des bereits bestehenden großen Wohnungsbedarfes zu befriedigen vermag. Eines der einfachsten und ersten Erfordernisse für das Jahr 1927 sollte sein, daß die aufgebrachten Mittel der Hauszinssteuer so organisiert werden, daß mit der Bautätigkeit frühestens begonnen werden kann.

Eine Bautätigkeit in dem beschriebenen Maßstab wird sich für 1927 nur erzielen lassen, sofern neben dem Aufkommen der Hauszinssteuer noch durch Auflegung einer inneren Anleihe baldigst weitere Mittel bereitgestellt werden. Die Aufmerksamkeit des Parlamentes sollte sich auch stärker darauf richten, daß die Hauszinssteuer einzig und allein für die Zwecke des Wohnungsbaues verwendet wird. Ferner wäre rechtzeitig darauf hinzuwirken, daß die Sparkassen in stärkerem Maße zur Finanzierung des Wohnungsbaues herangezogen werden. Seit Beginn der Währungsbelegung bis 1. Oktober 1926 haben die Sparkassen etwa 255 Millionen für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt gegenüber einer Gesamtsumme von 2,8 Milliarden, die für diesen Zweck aus den verschiedensten Quellen aufgewendet worden sind. Es ist nicht anzunehmen, daß die Sparkassen bereits 40 v. H. ihrer Einlagen für die Wohnungsbautätigkeit zur Verfügung gestellt haben. Die Möglichkeit, diese Kreditquelle stärker auszunützen, ist also noch gegeben. Auch die Gemeinden haben zweifellos noch nicht alles getan, um Bauland zu günstigen Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Lediglich von seiner rechtzeitigen Durchführung dieser Maßnahmen und von deren Zusammenwirken wird man sich eine bessere Bautätigkeit im Jahre 1927 versprechen dürfen als sie das vergangene Jahr gebracht hat, das auch für die Kalkindustrie eine Enttäuschung gewesen ist. Eine weitere Herabsetzung der Zinsen würde einer Belebung der Bautätigkeit günstig sein.

Für die Entwicklung des Kalkabsatzes im Jahre 1927 ist von Bedeutung, inwieweit fernerhin dem Zement gegenüber dem Kalk der Vorzug gegeben wird. Es ist nicht zu begreifen, wie ein derartiger kostspieliger Baustoff gegenüber dem verhältnismäßig wohlfeilen Kalk, der, sofern nicht besondere Aufgaben zu lösen sind, die gleichen Dienste leistet, unberechtigterweise an Boden gewinnen konnte. Bei rationeller Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel wäre hier jedenfalls Abhilfe zweckmäßig. — Das Baugewerbe wird ferner im kommenden Jahre das Vorurteil aufgeben müssen, daß großstückiger Kalk wertvoller ist als kleinstückiger. Nicht die Stückgröße, sondern lediglich die Ergiebigkeit ist der geeignete Wertmesser für den Baukalk. Vor Einführung des Hoffmann'schen Ringofens in der Kalkindustrie, also vor dem Jahre 1870, kannte man fast ausschließlich kleinstückigen Kalk, mit dem vorzügliche Bauten errichtet wurden. Alles in allem ist kaum damit zu rechnen, daß das Jahr 1927 eine bessere Bautätigkeit bringen wird als sie das Jahr 1926 aufzuweisen hatte. —

Wärmetechn. Abteilung im Verband der Zentralheizungs-Industrie e. V., Berlin.

Man wird damit rechnen können, daß die private Bautätigkeit auch in diesem Jahre wenigstens in demselben Tempo weitergeht, das sie im abgelaufenen angeschlagen hat. Die Bauaufträge, die von Reichs- und Staatsbehörden

stammen, werden im neuen Jahre voraussichtlich über den Umfang der im vergangenen erteilten noch hinausreichen. Als selbstverständliche Voraussetzung gilt, daß keine neuen wirtschaftlichen Krisen eintreten und daß der privaten Bautätigkeit die Geldbeschaffung nicht noch schwieriger gemacht wird als es ohnehin der Fall ist.

Von dem besonderen Standpunkt der Zentralheizung aus kann zum mindesten mit einer gewissen Befriedigung auf die Tatsache hingewiesen werden, daß Baumeister und Bauherr allmählich anfangen, dem Heizungsproblem an sich ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, wenn auch die Erleuchtung begrifflicher Weise nur langsam vor sich geht. Man kommt davon ab, die Heizung gewissermaßen als ein notwendiges Übel anzusehen, von dem man im Hause möglichst wenig redet; man erkennt vielmehr die eminente gesundheitliche Bedeutung der „gleichmäßigen Wärme“ selbst im kleinsten Siedlungshause und bewertet, auch bauseitig aus, die Heizungsanlage dementsprechend. Die Stimmen schweigen, die bisher gern dazu bereit waren, die Zentralheizungsanlage als einen um so größeren „Luxus“ auszugeben, je kleiner das Haus wäre, das mit ihr ausgerüstet werden sollte. Sie beginnt als das erkannt zu werden, was sie in Wirklichkeit ist: ein wertvoller Gegenstand des täglichen Bedarfs für jeden, der es mit seiner Gesundheit ernst nimmt, kurzum: ein volkswirtschaftlicher Faktor hoher Ordnung. Zur weiteren Verbreitung dieser Erkenntnis werden die nächsten Monate ein gut Teil beitragen. —

Stadtbaurat Dr.-Ing. Althoff, Breslau.

Abgesehen von wenigen Inflationsländern haben alle Länder einen Überschuß an Arbeitern. Die Gründe beruhen in der Hauptsache darauf, daß die Kriegsländer, die früher den höchsten Warenverbrauch hatten, verarmt sind und infolgedessen nur einen Bruchteil der früheren Kaufkraft haben, daß Rußland durch die Einführung des Bolschewismus und ganz veränderter Wirtschaftsformen erheblich weniger Waren aufnimmt als früher, daß eine Reihe von Ländern, die früher in der Hauptsache als Verbraucher auftraten, während des Krieges neue Industrien aufgebaut oder verstärkt haben und daher einen großen Teil ihrer Bedürfnisse selbst befriedigen, teilweise sogar aus Einfuhrländern zu Ausfuhrländern geworden sind, in der Hauptsache aber darin, daß man allenthalben zu einer starken Rationalisierung der Wirtschaft und der Arbeit übergegangen ist, die die Maschinen immer mehr in den Vordergrund drückt und mit einer Arbeitskraft dieselbe Warenmenge erzeugt, zu der früher drei oder fünf Arbeiter notwendig waren.

In Deutschland liegen für die Erwerbslosigkeit noch besondere Gründe vor. Die Ausschaltung der deutschen Industrie und Wirtschaft auf dem Weltmarkt während der Kriegszeit läßt sich nur langsam wieder aufnehmen, um so mehr als bisher die Feindländer und ein Teil der neutralen Länder durch verstärkten Zollschutz das Eindringen der deutschen Industrie und Wirtschaft erschweren. Die Reparationszahlungen ziehen alljährlich große Summen aus Deutschland heraus, die damit für den Inlandsverbrauch ausfallen und die Erzeugung herabmindern. Wenn dann gleichzeitig 100 000 Familien aus den durch den Frieden verlorenen deutschen Gebietsteilen in das verkleinerte Deutschland teils freiwillig, teils gezwungen zurückströmen, und wenn weiter durch die Abschaffung des Militärs fast eine Million arbeitsfähiger Menschen der Wirtschaft mehr zur Verfügung stehen, dann ist es kein Wunder, daß Millionen arbeitslos sind und ungezählte Familien von der Erwerbslosenunterstützung leben müssen.

Innerhalb Deutschlands ist die Erwerbslosigkeit wiederum sehr verschieden. Am meisten leiden die Städte und Gebiete, die infolge der neuen Grenzen einen Teil des Wirtschaftsgebietes verloren haben oder deren Industrien sich aus eben denselben Gründen nicht mehr in derselben Stärke halten konnten. Zu diesen Städten gehört auch Breslau, zu dessen Absatzgebiet das wirtschaftlich starke Oberschlesien und ein großer Teil Posens gehörte. Es wird an den maßgebenden Stellen meist nicht klar genug erkannt, daß der Körper krank wird, wenn einzelne Glieder abgeschnitten werden, und daß es nicht genügt, die kranken Glieder zu pflegen, sondern die Pflege auch auf den Körper ausdehnen muß, so daß, wenn z. B. Breslau einen großen Teil seines Hinterlandes verliert, es ebenso notleidend wird als manche Stadt Oberschlesiens.

Es ist nun eine Frage von großer Bedeutung, wie sich das deutsche Wirtschaftsleben in Zukunft entwickeln wird. In letzter Zeit mehren sich die einflußreichen Stimmen, die aus den verschiedensten Merkmalen ein langsames, sicheres Wiedererstarben der deutschen Wirtschaft schließen wollen. Ob diese Optimisten recht haben, kann man mit Sicherheit nicht sagen, denn es hängt leider nicht allein von uns ab, sondern auch von der Einstellung des Auslandes. Wenn

uns der Weltmarkt seine Pforten verschließt, kann uns größter Fleiß und größter Erfindungsgeist nichts nützen. Wenn uns aber das Ausland Armfreiheit gewährt, dann können wir mit einiger Sicherheit sagen, daß Deutschland aus dem Wirtschaftskampf, der in den nächsten Jahrzehnten mit einer nie dagewesenen Schärfe einsetzen wird, als Sieger hervorgehen wird, weil die deutsche Arbeitskraft, Technik und Intelligenz vielen anderen Ländern überlegen sind, weil der Deutsche, durch die Not der Zeit gezwungen, anspruchslos geworden ist und infolgedessen billiger herstellen und mehr ausführen kann als andere Länder in gleicher Lage.

Wenn wir uns nun mit einigem Recht auf den Standpunkt stellen, daß die Wirtschaftskrise vorübergehend und die Erwerbslosigkeit in einigen Jahren überwunden sein wird, was ergeben sich dann für Pflichten für Reich, Staat und Städte? Sie müssen nach meiner Ansicht alle Kräfte anspannen, um einerseits einen großen Teil des Volkes vor dem Verhungern zu bewahren, andererseits die demoralisierenden Wirkungen, die die Erwerbslosigkeit mit sich bringt, möglichst auszuschalten.

Diese Notwendigkeit wird von den öffentlichen Körperschaften jetzt meist anerkannt. Reich und Staat haben dies bewiesen durch die Aufstellung und Durchführung eines Arbeitsprogramms, das der Wirtschaft Hunderte von Millionen Mark zuführen soll. Die Reichsbahngesellschaft, die Postverwaltung haben große Aufträge vergeben, die sich bereits in Arbeit umgesetzt haben. Das Wohlfahrtsministerium drückt auf einen verstärkten Wohnungsbau. Leider reichen die zur Verfügung gestellten Mittel noch nicht aus, um eine Milderung der Erwerbslosigkeit herbeizuführen. Es wird notwendig sein, die Aufgabe, Arbeit zu schaffen, noch energischer anzufassen, wobei auf die Gegenden, die durch die Folgen des Krieges am meisten gelitten haben, auch die größte Rücksicht genommen werden muß.

Die Kommunalbehörden, Provinzen, Kreise und Städte können sich gleichfalls der Pflicht nicht entziehen, durch vermehrte Arbeitsbeschaffung die Krisenjahre überwinden zu helfen. Nachdem der Anleihemarkt wieder flüssiger geworden ist, soll man sich nicht scheuen, Aufgaben in Angriff zu nehmen, die durch Krieg und Nachkriegszeit zurückgeblieben sind oder auch Bauaufgaben der Zukunft vorwegzunehmen und die Kosten durch Aufnahme von Anleihen der nachfolgenden Generation mit aufzubürden.

Die gern geübte Gepflogenheit, durch Herabsetzen der Bautätigkeit den in der Jetztzeit schwierigen Ausgleich des Etats herbeizuführen, kann zu einem schweren Fehler werden; denn in allen Städten ist das Wirtschaftsleben stark auf die Bauaufträge der Stadt angewiesen. Wenn in einer Stadt starke Bautätigkeit herrscht, haben alle Handwerker mit ihren Angestellten Verdienst und Lohn und die Arbeiter Beschäftigung, der hieraus erzielte Lohn fließt den Kaufleuten und Gewerbetreibenden zu. Deswegen muß es Aufgabe einer Stadt sein, den Bauhandwerkern, soweit es die finanziellen Kräfte nur irgendwie gestatten, Bauaufträge zuzuführen. Das ist wirtschaftlicher als Erwerbslosenfürsorge. Hier einmaliger, dort doppelter Umsatz und Schaffung von Werten.

Die Art der Arbeit ist wichtig, aber nicht ausschlaggebend. Die Tätigkeit im Hochbau ist durch die Anzahl der Facharbeiter beschränkt; aber es ist eine alte Erfahrung, daß bei angespanntem Arbeitsmarkt in einer Fachgruppe ein Teil der sonst durch Facharbeiter ausgeführten Aufträge an ungelernete Arbeiter übergeht. Eine angespannte Tätigkeit im Hochbau ist aber deswegen so wichtig, weil der Hochbau als Schlüsselindustrie anregend auf fast sämtliche Handwerksbetriebe wirkt.

Im Vordergrund der Hochbautätigkeit wird und muß der Wohnungsbau liegen. Hoffentlich gelingt es, endlich durch Gesetz die hart umstrittene Frage der Hauszinssteuer dauernd zu regeln und damit die Grundlage zu schaffen, einen verstärkten Wohnungsbau aus Anleihen zu ermöglichen und finanziell zu sichern. Gerade die Handwerker haben hieran das größte Interesse und sollten sich hüten, den Lockungen persönlich interessierter Wirtschaftskreise zu folgen, die ohne innere Begründung aus der vollen Aufhebung der Zwangswirtschaft ein Aufblühen der Bautätigkeit versprechen zu können glauben. Die Erfahrungen aus allen Ländern beweisen das Gegenteil. Es wird nur dort gebaut, wo der Wohnungsbau durch behördliche Zuschüsse gefördert wird. Man kann nur dringend davor warnen, mit der deutschen Wirtschaft Experimente zu machen, deren Folgen niemand übersehen kann und die sich katastrophal auswirken können.

Die Arbeiten im Tiefbau haben den Vorteil, daß insbesondere auch ungelernete Arbeiter untergebracht werden können. Die Städte werden beschleunigt neue Straßen in

Angriff nehmen, um den durch die Kriegs- und Nachkriegszeit heruntergewirtschafteten Bestand an Anbaustraßen zu ergänzen, Spiel- und Sportplätze bauen, um den in engen Wohnungen sitzenden Familien Erholungsmöglichkeiten zu geben, an Verkehrs- und Hafenpläne denken, auch wenn sie in der augenblicklichen Wirtschaftsnot nicht unbedingt notwendig erscheinen, und manches andere mehr.

Aber die Städte können allein nichts ausrichten, nebenher muß eine gleichgerichtete Arbeitspolitik der anderen Kommunalverbände, insbesondere der Kreise und Provinzen einsetzen, die Regierungen müssen diese Politik materiell und ideell unterstützen. Dann wird mit einer Entlastung des Arbeitsmarktes gerechnet werden können.

Diese öffentliche Belebung des Arbeitsmarktes kann naturgemäß aus Mangel an Mitteln nur einige Jahre lang aufrechterhalten werden, sie beruht also auf dem Ge-

danken, daß eine allmähliche Gesundung der Wirtschaft einsetzen wird und daß dann die private Wirtschaft die Kräfte wieder übernehmen wird, die vorübergehend durch die Arbeit der öffentlichen Körperschaften beschäftigt worden sind, und dieser Optimismus müssen wir haben, sonst ist Deutschland überhaupt verloren.

Wenn es gelingt, alle öffentlichen Körperschaften mit diesen Gedankengängen zu durchdringen, und wenn die Privatwirtschaft diesen Gedankengängen verständnisvoll folgt, dann dürfen wir mit Recht auf eine Belebung des Baumarktes und damit auf eine Besserung des gesamten Baugewerbes und eine Verminderung der Arbeitslosigkeit hoffen. Die ungünstig liegenden Städte und Wirtschaftsgebiete werden sich langsam erholen, und es wird Aufgabe einer gesunden Wirtschaftspolitik sein müssen, hier rechtzeitig auf einen Ausgleich im Arbeitsmarkt hinzuwirken. —

Bauprogramme für 1927.

Mitgeteilt von Ländern und Städten. (Fortsetzung aus Nr. 1/2 des Hauptblattes.)

Länder.

Braunschweig. Neu-, Ergänzungs- und Umbauten, größere Instandsetzungen sowie Unterhaltungen von Straßen und Wasserbauten, Bauten auf verpachteten Gütern, Forstbauten, Bauten an den Staatsdienstgebäuden, Licht, Heiz- und Kraftanlagen mit einer Gesamtsumme von etwa 5 600 000 M. —

Mecklenburg-Schwerin. Ministerium des Innern. Im Bereich der Straßen- und Wasserbauverwaltung werden 1927 voraussichtl. folgende Bauvorhaben ausgeführt werden: Neubau der Brücke über die Warnow bei Schwaa (Hübbrücke), Neubau einer festen Brücke über die Schaale bei Zahrendorf, umfangreiche Reparatur der Jemnitzschleuse (Stauschleuse bei Doberan), Neubau der Zugbrücke über die Stör bei Plate, Verbreiterung der Stör auf 700 m Länge, Fortsetzung der Elderegulierung zwischen Kuppentin und Plau, Ergänzung der Befahrung der Hafeneinfahrt Wismar, Fortsetzung der Regulierung der Oberwarnow zwischen Bützow und Rostock, Errichtung einer Nebelsignalanlage in Warnemünde, Neubau der Zugbrücke über den Friedrich-Franz-Kanal oberhalb der Schleuse I, Neubau der Stauschleuse neben dem Alt-Fresenbrügger Kanal, Ersatz der hölzernen Brücke in der Grabower Viehtrift durch eine eiserne Brücke, Beendigung des Kanalumbaus Grabow-Güritz. — **Finanzministerium.** Zur Ausführung im Jahre 1927 sind von Staats wegen folgende Hochbauten vorgesehen: Kleinere und größere bauliche Instandhaltungsarbeiten sämtl. etwa 10 000 Staatsgebäude. Neu-, Um-, Durch-, Erweiterungs-, Anbauten usw.: An Domänenbauten: Viehhäuser, Pferde-, Schweineställe, Katen, Pächterwohnhäuser usw. Kirchliche Bauten: Kirchen, Kapellen, Pfarrgehöfte usw. Forstbauten: Bauten auf den staatl. Forstgehöften. Bauten der Justizverwaltung: Oberlandes-, Land- und Amtsgerichte, Zentralgefängnis. Bauten der Unterrichts- und Medizinalverwaltung: Universität Rostock einschließlich Klinikneubauten, staatl. Schulbauten, Heil- und Pflegeanstalten usw. An sonstigen Staatsgebäuden: Regierungs- und Verwaltungsgebäude, Landesfürsorgehäuser, Gestütsverwaltung, Mietsgrundstücke usw. Insgesamt sind für Hochbauten vorgesehen rund 4 800 000 M. —

Mecklenburg-Strelitz. Abt. f. d. Finanzen. An Neu-, Um- und Ausbauten sind geplant: Der Neubau eines Forstgehöftes zu Bannenbrück, bestehend aus Wohnhaus und Wirtschaftsgebäude (2. Rate). Der Neubau einer ländlichen Schule zu Helpt (2. Rate). Der Um- und Ausbau der ländlichen Schule zu Dewitz. Neubau eines Arbeiterwohnhauses für die Oberförsterei Rowa. Neustrelitz. Mädchenschule. I. Herstellung einer W. C.-Anlage, Mirow. Kirche. Hauptausbesserung am Kupferdach des Turmes. Domäne Rollenhagen. Neubau eines Zweiwohnungshauses mit Stall. Bäk b. Ratzeburg. Neubau einer zweiklassigen Schule (2. Rate). Schönberg i. M. Bürgerschulneubau (1. Rate). —

Waldeck. Arolsen. Im Freistaat Waldeck ist für die kommende Bauperiode in Aussicht genommen: Der Neubau eines Geschäftsgebäudes für das Amtsgericht in Corbach. Die Ausführung erfolgt durch die Staatsbauverwaltung. —

Städte und Körperschaften.

Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk Essen. Der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk beabsichtigt im Jahre 1927 den in den Vorjahren begonnenen Ausbau durchgehender Straßenzüge fortzusetzen. Es handelt sich hierbei um neue Verbindungsstraßen, die im Zusammenhang mit dem vorhandenen Straßensystem einheitlich durchgehender Hauptlinien zur Bewältigung des Kraftwagenverkehrs dienen. Im Jahre 1927

soll der erste große zusammenhängende Straßenzug Hamm — Dortmund — Bochum — Essen — Duisburg — Moers — Geldern mit seinen südl. und nördl. Zubringerlinien weiter gefördert werden. Gebaut werden die neuen Strecken in einer Dammbreite von 9 m mit je 1,50 m breiten beiderseitigen Gehwegen. Soweit Straßenbahnen, Ortsfahrbahnen oder weitere Bürgersteige hinzukommen, erfolgt deren Ausführung nicht durch den Siedlungsverband, sondern durch die jeweils in Betracht kommenden Gemeinden. Der Umfang der Arbeiten hängt grundlegend von der Finanzierungsmöglichkeit i. J. 1927 ab, doch wird mit einem Ausbauprogramm von etwa 8 Mill. M. gerechnet. —

Berlin. Bez.-Amt Friedrichshain. Hochbau. In der Fertigstellung begriffen: Neubau d. Pav. X u. XV d. Krankenhauses i. Friedrichshain. Umbau des Pav. I d. d. d. In Angriff zu nehmen: Aufstockung der Turnhalle der Gem.-Schule Frankfurter Allee 37. Neubau einer Doppelturnhalle in der Gem.-Schule Alt-Stralau. Kinderheim für rachitische Kinder in der Laskerstr. Geplant sind: Neubau des Arbeitsamtsgebäudes am Stralauer Platz, einer Gemeinde-Doppelschule nebst Berufsschule in der Hohenlohestraße. Umbau des Pav. III. Neubau des Röntgen-Instituts und Umbau des Pathologischen Instituts des Krankenhauses i. Friedrichshain. Aufstockung der gewerbl. Schule Straßmannstr. 6. Sport- und Spielplatzanlage Laskerstr. mit Hochbauten. Gesamtkostenaufwand etwa 3 300 000 M. **Tiefbau.** Zur Ausführung bestimmt: Umgestaltung des Baltenplatzes. Asphaltierung der Mühlenstr. 2. Rate. Asphaltierung der Frucht- von Rüdersdorfer bis Große Frankfurter Str. Asphaltierung der Warschauer Str. von Frankfurter Allee bis Romintener Str. (östl. Damm). Befestigung des nördl. Bürgersteiges in der Rudolfstraße zw. Caprivi- und Hohenlohestraße. Verbreiterung der Warschauer Brücke. Errichtung einer Vollarbeit für Männer und Frauen auf dem Comeniusplatz. Aufstellen einer siebenstündigen Stehabortanlage auf dem Stralauer Platz an der Fruchtstraße. Gesamtkosten etwa 500 000 M. —

Bezirksamt Tiergarten. Im Bauprogramm für 1927 sind an Tiefbauten Straßenumplasterungen, ein Uferdeckwerk am Bellevueufer und eine Abortanlage auf dem Lützowplatz vorgesehen. Größere Tiefbauarbeiten kommen wegen der ungünstigen Finanzlage der Stadt nicht in Betracht.

An Hochbauten sind in Aussicht genommen: der Neubau des Kleistlyzeums nebst einer Filmschule auf dem Grundstück Levetzowstr. 1—5, im weiteren Ausbau des Krankenhauses Moabit der Neubau des östlichen medizinischen Pavillons.

Die Ausführung dieser Arbeiten hängt im wesentlichen davon ab, ob die wirtschaftliche Lage die Bereitstellung der hierzu erforderlichen Mittel im Haushaltsplan ermöglicht. Die Entscheidung hierüber liegt beim Magistrat Berlin. —

Bezirksamt Zehlendorf. Tiefbauamt. Der Neubau eines Verwaltungsgebäudes wird in Angriff genommen; fertiggestellt werden: der Neubau einer Volksschule in Schlachtensee, der Um- und Erweiterungsbau des Urban zum Krankenhaus. Kanalisation. Fertigstellung des Ausbaues des Buschgrabens als Vorfluter von Niederschlagswässern. Rund 4000 m Entlastungskanal bzw. sonstige Regenwasserkanäle. Weiterer Ausbau der Schmutzwasserkanalisation von Wannsee und Kohlhasenbrück. **Straßenbauten.** Asphaltierung der Machnower Str. in ihrem ganzen Zuge; Camphausenstr. zw. Machnower- u. Dorotheenstr.; letztere vor dem neuen Urban-Krankenhaus. In Aussicht genommen: Ausbau der Berliner Str. zw. der Winfried- und der Alsenstr. in Zehlendorf; Asphal-

tierung des Reststückes der Sachsallee in Dahlem; Ausbau der Kronprinzenallee in Dahlem zw. der Königin-Luise-Str. u. der Cecilienstr. in Zehlendorf; Asphaltierung eines Teiles der Löhleinstr.; Instandsetzung der Archivstr.; Ersatz des Kopfsteinpflasters der Dahlemer Str. durch Kleinsteinpflaster; Asphaltierung der Haderslebener Str.; Neubau einiger Aufteilungsstraßen, sämtlich in Dahlem. Arbeiten auf Kosten Dritter. Straßen auf dem Gelände der Ahag. Albrecht- und Niklasstraße. —

Breslau. Die Hochbauverwaltung plant folgende Neubaus Ausführungen: Herstellung einer Wasserheizanlage für die Gebäude des Rathausblocks sowie Instandsetzung und Ausmalung der Haupträume des Rathauses. Errichtung eines Gebäudes für Asylisten, eines Wagenschuppens für die Marstallniederlage in der Danziger Straße, einer Bedürfnisanstalt mit Schutzhalle auf der Neißer Spielwiese in Scheitnig, eines Abort-Nebengebäudes auf dem Schulgrundstück Matthiasstr. 112. Umänderung der Luftheizung eines Volksschulgebäudes in eine Dampfheizungsanlage. Errichtung eines Infektions-Krankenhauses in der Heilstätte Herrnprottsch.

Außerdem sind folg. Vorprojekte in Bearbeitung: Verwaltungsgebäude, Betriebsverwaltungsgebäude mit Hauptfeuerwache, Magdalenen-Gymnasium, Zwinger-Gymnasium, Cäcilien- (Lyzeum), Volksschulgebäude und Wohlfahrtshaus in der Siedlung Zimpel, Handwerker- und Kunstgewerbeschule sowie Berufsschule.

Die Tiefbauverwaltung hat für größere Neu- und Umpflasterungen best. u. für die Befestigung neuer Straßen je rd. 450 000 RM. sowie den Bau einer Eisenbeton-Fußgängerbrücke vorgesehen.

Die städt. Kanalisationswerke haben nachstehende Bauten in Aussicht genommen: Kanalbauten i. Herdain-Dürrgoy, Südsammler, Gräbschener Str., Lohestr., Niedergasse (Nordsammler), Kopischstr., in Pöpelwitz, am Sauerbrunn, kleinere Kanalbauten in versch. Straßen, Kanalumbau Hohenzollerstr., Abbruch eines Teiles des südl. Ringkanals, Bau eines Beamtenwohnhauses u. einer Werkstatt in Scheitnig, Neuschüttung der Kunststraße Posener Brücke—Oswitz, Oberflächenbehandlung der Kunststraße Oswitz—Ransern mit Colas. Außerdem sollen Neudrängerungen auf den städt. Rieselgütern in Oswitz, Ransern und Steine-Wüstendorf vorgenommen werden.

Es werden etwa 1000 Wohn., die im Herbst begonnen sind, fertiggestellt und gegen 2000 Wohn. neu in Angriff genommen werden. Fertiggestellt werden: Ausbau der gemieteten Eisenbahn-Werkstätte an der Siebenhufener Str. zu einer Großmarkthalle. Umbau des Löschhauses im Krankenhaus Allerheiligen. Erweiterungsbau der Schweineschlachthalle und der Großviehkuttelei im städt. Schlachthofe. Neubau einer Volksschule mit Turnhalle, Zeichensaal, Physikklasse usw. für die Siedlung Pöpelwitz. Einbau einer Selbstanschlußzentrale an das Breslauer Fernsprechnet in das Dachgeschoß des Stadthauses. Errichtung der Bauten für das Stadion, versch. Umkleidehallen, Sport- und Badeanlagen sowie Herstellung mehrerer Sportplätze in versch. Stadtteilen. Wiederausbau der früheren Feuerwache an der Ofener Str. einschl. Neubau eines Kletterturmes. Errichtung einer Beerdigungshalle und Ausbau von Sälen der ehem. Willert'schen Stiftung zu Dienstwohnungen in der Heilstätte Herrnprottsch. —

Dessau. Straßenbau. Es ist die Pflasterung folgender Straßen in Aussicht genommen: Erbprinz-Leopold-Allee, Leopoldsdank, Straßen am Wasserturm II, Kirschen- und Waldweg, Friesenstraße, Daheimstraße, Herzogin-Marie-Platz. — Gartenbau: Teichanlage mit Gartengestaltung im Beckerbruch, Anlage von Sportplätzen. — Vermessungsabteilung: Herstellung eines Hochwasserdammes für die Kühnauer Elbniederung. — Kanalbau: Straßenkanal in der Ziebigker Straße, Straßenkanal in der Siedlung Gropius im Krautwinkel Dessau-Törten, Badeanstalt in Alten. — Das Wasserwerk wird etwa 4000 m Straßenhauptrohrleitung herstellen (Ziebigker Straße, Weststraße nach Alten). — Hochbau: Fünf Sechsfamilienhäuser Klughardtstraße. —

Duisburg. Hochbauten und gärtnerische Anlagen. In der Ausführung sind begriffen: Volksschule in Beeckerwerth, 15 Klassen, Turnhalle m. Nebenräumen, Säuglingsheim in Duisburg, Bettenzahl 250, und zwar für 150 Erwachsene und 100 Säuglinge, Großmarkthalle Duisburg. Die vom Sichel-Konzern angekaufte Halle wird als Großmarkthalle umgebaut. Verwaltungsgebäude Duisburg-Hochfeld, 59 Büroräume, außerdem vorläufig 12 Wohnungen von je 4 bis 5 Räumen, städtisches Verwaltungsgebäude Duisburg-Beeck, fünf Kassenzwecke mit Wohnungen von 3 Räumen, 363 Typen-Wohnhäuser (Einfamilienwohnungen) am Dickelsbach, 20 Wohnhäuser in versch. Stadtteilen mit 86 Wohnungen, Grünanlagen am Dickelsbach, Größe

23 000 qm. — In Angriff genommen werden voraussichtlich: Volksschule am Dickelsbach in Duisburg, 18 Klassenräume, Hallenschwimmbad Duisburg-Meiderich, eine Schwimmhalle, Wannen-, Brause- und medizinische Bäder sowie Schülerbad, Erweiterung der Auskleidehallen, Ausbau eines Restaurants und Ergänzung vorhandener Einrichtungen am Strandbad in der Wedau, Erweiterung der Badeanstalt am Baggersee in Duisburg-Meiderich um etwa 40 Auskleideplätze, Neubau von 400 bis 500 Wohnungen in Duisburg-Meiderich, Schaffung eines neuen Stadtparkes im Stadtteil Beeckerwerth, I. Bauabschnitt, Größe 52 000 qm, Ausbau der gärtnerischen Anlagen in der Wedau zu einem Zentral-Sportplatz, I. Bauabschnitt, Erweiterung des Stadtparkes in Duisburg-Meiderich, Größe 48 000 qm, Anlage von Spielplätzen in Duisburg-Ruhrort-Laar, Größe 25 000 qm. Gesamtaufwand etwa 13 800 000 M. — Tiefbauarbeiten. In der Ausführung sind begriffen: Hochwasserschutzmauer am Marientor, Kläranlage zur Teilkanalisation des Stadtteiles Duisburg-Wanheim, Pumpstation zur Entwässerung des Tiefgebietes der Reinholdstraße. — In Angriff genommen werden voraussichtlich: Kanalisierung des Dickelbaches am Marientor (1,65 m, Profil: 7,50×7,50 m), Entlastungskanal für das Dickelsbachhochwasser in der Kulturstraße, rund 1150 m einschließlich 300 m Tunnelkanal, 1,75 m Durchmesser, etwa 7000 m Straßenkanäle mit Profilen von 0,25 m Durchmesser bis 4,80×1,20 m l. W. aus Zement- und Tonrohren in Tiefenlagen von 2,50 bis 6 m, Bau eines Materialienhauptlagers mit Verwalterwohnhaus an der Straße „Auf der Höhe“, Bau eines Kanalbetriebslagers an der Oststraße mit Dreifamilienwohnhaus und Arbeiterunterkunft-, Bade- und Waschräumen, Erneuerung von etwa 30 000 qm gepflasterter Straßenflächen, erstmalige Befestigung von etwa 175 000 qm Straßenflächen mit Großpflaster, Kleinpflaster und Asphalt, Bau einer neuen Brücke in Eisenbeton über den Dickelsbach im Zuge der Heerstraße von 6 m l. W. und 18 m Länge, Erneuerung von etwa 120 m der Eisenkonstruktion an der Rheinbrücke zwischen Ruhrort und Homberg. —

Elberfeld. Folgende Bauten sind geplant: 70 städtische Wohnungen, 200 Wohnungen der Baugenossenschaften, 2 Turnhallen. —

Erfurt. Bauprogramm der städt. Bauverwaltung: Hochbauamt: Es gehen der Fertigstellung entgegen: Neubau des Krankenhauses I. Bauabschn. chirurg. Abteilung (innerer Ausbau); Erweiterungsbau des Kühlhauses im städt. Schlachthof (innerer Ausbau); Neubau der Flugzeughalle für den Zentralflughafen; Neubau der Waldschule (innerer Ausbau). Es werden in Angriff genommen: Erweiterungsbau der Oberrealschule u. der Krämpferschule; Neubau eines Volksbades (Brause- und Wannenbäder) und einer öffentl. Bedürfnisanstalt; Erweiterungsbau des Stadttheaters (Anbau für Verwaltungs- und Werkstättenzwecke); Neubau einer zweiten Garderobehalle für das Volksbad im Nordpark. Tiefbauamt: Es kommen voraussichtl. folg. Bauten zur Ausführung. Abteilung Straßenbau: Neubefestigungen von Straßen und Bürgersteigen. Neuanlagen von Straßen, Wegen und Plätzen. Straßen im Industriegebiet. Abteilung Wasser- u. Brückenbau: Eine massive Brücke über die Gera im Zuge der Kasinostraße u. über die schmale Gera im Zuge der Spittelgartenstraße. Neubau einer unterird. Bedürfnisanstalt. Abteilung Entwässerungsanlagen: Bau eines Stammsieles in Erfurt-Nord. Kanalisierung des Schwembaches. Besielung neu angelegter Straßen. Abteilung Abwässerklärungsanlage. Bau einer Nachreinigungsanlage zur Abwässerklärungsanlage (I. Baurate).

Essen-Ruhr. Im Einvernehmen mit Finanz-, Bau- und Fünfmänner-Ausschuß wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die Bereitstellung von 7 400 000 M. zur Hergabe von Hauszinssteuerdarlehen zum Bau von 1800 bis 1900 Wohnungen mit 6000 Wohnräumen und ermächtigt die Verwaltung zur Aufnahme eines kurzfristigen Kredits, soweit die Wohnungsbauetats der Jahre 1926 und 1927 die erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung haben. — Die Verwaltung wird beauftragt, erneut in dringendster Form die Zuwendung weiterer Mittel für den Wohnungsbau aus dem staatl. Fonds zu beantragen. — Zur endgültigen Abdeckung des beim Wohnungsbauetats entstehenden Fehlbetrages wird die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 1 500 000 M. beschlossen, deren Zinsen und Tilgung aus den Erträgen der Hauszinssteuerhypothen und, soweit diese nicht ausreichen, aus dem für den Wohnungsbau bestimmten Anteil der Hauszinssteuer, evtl. aus der an deren Stelle tretender Steuer oder Abgabe zu decken sind. Weitere 1 500 000 M. sind kurzfristig aufzunehmenden Darlehensmitteln zu entnehmen und im nächsten Jahre aus der Hauszinssteuer abzudecken. —

Fürth i. B. Nachstehende Notstandsarbeiten sind in Aussicht genommen: Flußdurchstich (Rednitz), Straßenumbauten, Straßenneubauten, Kanalneubauten, Verbreiterung der Schwabacher Unterführung. — Begonnene Hochbauten: Kühlhausneubau, Wohnhausbauten. — Neue Hochbauten: Krankenhausneubau, Turnhallenneubau (Doppelturnhalle), Straßenbahnwartehalle mit unterirdischen Aborten, Wohnhausbauten, Asylneubau, Amtsgebäudenneubau Fürth-Burgfarnbach. Gesamtkosten etwa 5 800 000 M. —

Gera. Bauten, die ihrer Fertigstellung entgegensehen bzw. in Aussicht genommen sind: Büro- und Lagerhaus für die Häute- und Fellverwertung, Elsterberichtigung Gera-Süd, in Ausführung begriffen. — In Aussicht genommen sind: Bau eines Berufsschulgebäudes, Wirtschaftsgebäude für die städt. Fürsorgeanstalten, Verwaltungsgebäude für das Arbeitsamt, städt. Autozentrale, Erweiterung des Schlachthofes, städt. Viehhof, Erweiterung des Waldkrankenhauses, Errichtung eines Tuberkulose-Krankenhauses sowie Erstellung einer Anzahl von Wohnungsneubauten, Straßen- und Kanalbau in den Siedlungen Schafwiesen, Elstertal, Gera-West und Lusan, Neubau einer Zufahrtsstraße über den Galgenberg zwecks Erschließung von Siedlungsgelände und zur Erleichterung des Verkehrs, Bau eines Steges über die Elster im Zuge der De-Smit-Straße, Mühlgraben-Überbrückung in der Mühlengasse, Mühlgrabenbrücke Louis-Hirsch-Straße, Fußweg-Unterführung Bahnhof Gera-Zwätzen, 1. Bauabschnitt, Elsterberichtigung Gera-Thieschitz-Köstritz. —

Gleiwitz. Bauvorhaben: Gärtnerwohn. (Kaiser-Wilhelm-Park), 2 Wohnh. am Schlachthof, Bedürfnisanstalt (Fleischmarkt), Abortanlage (Sportplatz Nord beim Lindenfriedhof), Oberlyzeum (Kaltbadstraße), Turnhalle (Oberrealschule), Autozentrale (Großgarage nebst Wohnungen), Verkehrshäuschen (Germaniaplatz). Gesamtkosten etwa 3 600 000 M. — Tiefbauten: Ausbau der Friedrich- und Roonstr., der Strachwitzstr. und Eichendorffstr. zwischen Schröter- und Ostropkstr., der Waisenhausstr., der Nikolaistr., der Freundstr., der Schwerinstr. zwischen Friedrichstr. u. Straße R 8, der Hindenburgstr., der Mentzelstraße, der Straße nach Sosnitz, 3. Teil (Erdarbeiten und Brückenbauten), der Tarnowitzer Chaussee, des Fußweges Kläranlage-Hauptfriedhof, Bau einer Industriebahn, Unterbau, Regulierung der Ostropka, Wasserleitung Richtersdorf und Zernik, Ausbau der Zerniker Straße, der Gustav-Freytag-Allee, des Fleischmarktes, des Platzes um die Kirche Allerheiligen, der Straßen der Siedlung Süd, der Straßen der Siedlung Nord, der Preiswitzer Chaussee, der Rybniker Chaussee, der Kieferstädteler Chaussee, der Coseler Chaussee, Kanalisation des Geländes Düppelstraße-Volkspark, Verrohrung des Dorfbaches in Zernik, ein Stadion. Gesamtkosten etwa 4 500 000 M. —

Halle. An Bauten sind zur Zeit in Ausführung begriffen: Hochbau: Verwaltungsgebäude der städtischen Straßenbahn an der Freimfelder Straße, Flughafen Schkeuditz, und zwar eine Doppelflugzeughalle, ein provisorisches Empfangs- und Verwaltungsgebäude, 48 Wohnungen an der Auenstraße, 14 Wohnungen an der Kleiststraße. — Tiefbau: Etwa 970 m Tonrohrkanal in der Reideburger Straße, etwa 700 m Tonrohrkanal am Beesener Weg, Neubau der Cröllwitzer Brücke, Neubau der Saugrabenbrücke, Verbreiter. der Siebenbogenbrücke, Hafenanlage Halle-Trotha.

Hamburg. Hochbaudirektion. Ihrer Fertigstellung sehen folgende umfangreichere staatl. Hochbauten entgegen: Der Neubau einer Hilfsschule Ecke Hoheweide und Bundesstraße, der Um- und Erweiterungsbau des Fröbelseminars Bundesstraße, der Neubau eines Lyzeums Ecke Breitenfelder und Curschmannstraße (Arch. Fr. Höger), der Neubau eines Polizeihauses für die Ordnungspolizei am Veddeler Damm Ecke Worthdamm, der Neubau eines Amtsgerichtsgebäudes mit Gefängnis in Bergedorf, der Neubau einer Berufsschule an der Angerstraße, die Erweiterung des Staatskrankenhauses Cuxhaven, der Neubau eines Verwaltungsgebäudes für das Gesundheitsamt am Besenbinderhof (Arch. Herm. Höger), der Bau eines Gefängnis pavillons auf der Elbinsel Hahnöfersand, der Ersatzbau der Gefängnisanlagen auf dem Glasmoor, der Erweiterungsbau des Instituts für Geburtshilfe an der Finkenau, der Erweiterungsbau des Verwaltungsgebäudes Dammtorwall, die Aufstockung beim Verwaltungsgebäude Bleichenbrücke 17, der Erweiterungsbau (Turnhalle und Aula) des Emilie-Wüstenfeld-Lyzeums (Arch. Distel & Grubitz). —

Tiefbau: Das Ingenieurwesen der Baudeput. beabsichtigt folgende größere Bauten auszuführen: Neubau der Eppendorfer Brücke in Eisenbeton, Neubau der Grevenwegbrücke über den Mittelkanal (2. Rate), Neubau der Wendenstraßenbrücke über das Hochwasserbassin (1. Rate), Arbeiten im Zusammenhang mit dem Bau einer Zweiglinie

der Hamburger Hochbahn, Fortsetzung der Sanierungsarbeiten in der Altstadt nach weiterer Umsiedlung der Bevölkerung, Fortsetzung der Arbeiten für die Ent- und Bewässerung der Marschlande, Weiterführung der Bauarbeiten für die Marschbahn, ausgedehnte Aufschließungsarbeiten — Straßenbau- und Kanalisationsarbeiten — zur Baureifmachung von Wohn- und Industriegelände in verschied. Stadtteilen, umfangreiche Neu- und Umlegungen von Straßenpflaster, z. T. unter Anwendung neuer Pflasterbauweisen, und Ausführung neuer Verkehrsstraßen, insbesond. auch im Landgebiet für den dort bisher auf den schmalen Deichen abgesperrten Verkehr von Autos, Straßen- und Platzänderungen zur besseren Verkehrsregelung, Fortführung einer bereits 1926 begonnenen, über 3 Jahre sich erstreckenden Notstandsarbeit — nämlich der Aufhöhung einer Marschfläche mit etwa 5 Mill. cbm Geestboden, Fortsetzung der Umwandlung der bisherigen Müllabfuhr und Straßenreinigung mit Pferdebetrieb und durch Unternehmer in Regiebetrieb mit maschinellem Betrieb (Autos), Weiterentwicklung des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel durch Bodenorganisation, Anschluß an die Kanalisation und an eine bereits im Bau befindl. Radialstraße mit Straßenbahn, evtl. nach Bewilligung der Mittel zum Bau eines Verwaltungsgebäudes, ein weiterer großer Brückenbau. —

Hannover. Ihrer Fertigstellung sehen entgegen: Brausebad mit Wohnungen am Küchengarten, Erweiterungsbauten in der Heilstätte Heidehaus, Turnhalle mit Brausebad in Stöcken, Turnhalle mit Wohnungen an der Badenstedter Straße, Volksbad am Mittellandkanal, Theatermagazin, 3 öffentliche Bedürfnisanstalten, 40 städtische Wohnungen an der Dorotheen- und Markgrafstraße. — In Aussicht genommen sind: 2500 Wohnungen mit städt. Unterstützung, 40 städt. Wohnungen an der Dorotheenstraße, Errichtung eines Kapellengebäudes in der Heilstätte Heidehaus, bei dem Gaswerk: Neubau der Kohlenlösch- und Ladebrücke, Neubau der Ammoniakfabrik, bei den Wasserwerken: Erweiterung des Wasserwerks Grasdorf, bei der Kanalisation: Ergänzung der Kanalisation in verschiedenen Stadtteilen und 1. Bauabschnitt der Kanalisation der nordöstlichen Vororte, Weiterführung des Lindener Stammkanals zur Kläranlage in Herrenhausen, bei dem Eitwerk: Ausbau des Drehstromkabelnetzes, Erweiterung des Drehstromwerkes, beim Straßenbau: Straßenumbauten für etwa 1,4 Mill. M., Straßenneubauten für etwa 2,5 Mill. M. —

Harburg a. E. Voraussichtl. auszuführende Bauten: Hochbauten: Der Fertigstellung sehen entgegen: Wohlfahrtsgebäude (Säuglingsfürsorge, Lungenfürsorge), Krankenhaus, Infektionsabteilung, Warmbadeanstalt Bremer Straße, Kassenanbau des Rathauses, Städtische Hilfswohnungen Block III. In Angriff genommen werden: Krankenhaus, Innere Abteilung, Freibadeanstalt Außenmühlenteich, Realgymnasium und Oberrealschule, Siedlungsblok Außenmühle, Wirtschafts- und Nebengebäude im Stadtpark. — Kanalbauten: Der Fertigstellung gehen entgegen: Kanalisierung der öffentl. Wasserläufe (Engelbach-Wallgraben). In Angriff genommen werden: etwa 1000 m Brauchwasserkanal für neue Siedlungen. In Aussicht genommen sind: Regenwasserkanäle in der Eißendorfer Str., Hohe Str., Brookstr. und Heimfelder Str., Brauchwasserkanäle im Zuge der Brookstr. und der Straße „In der Schlucht“. Straßenbauten: Der Fertigstellung gehen entgegen (als Notstandsarbeiten): Erdarbeiten zum Ausbau der Automobilumgehungsstraße, Erdarbeiten in der Buxtehuder Straße, Ausbau von Siedlungsstraßen. In Angriff werden genommen: Erdarbeiten zur Durchlegung von Straßen in den Vororten, Neupflasterungen von Stadtstraßen, Asphalt- bzw. Teerstraßen. —

Kassel. Auf dem Gebiete des Hochbaues kommen zur Ausführung: Erweiterungsbau der Handels- und Gewerbeschule mit Seminar für Mädchen, Neubau einer höheren Lehranstalt für Mädchen, zwei Turnhallen für Gemeindeschulen, Schlachthoferweiterungsbauten, 300 städt. Kleinwohnungsbauten in Form von Zwei- und Dreifamilienreihenhäusern, 100 Rentnerwohnungen in zwei Baugruppen, Erweiterung der Sport- und Spielplatzanlagen. Geplant sind folg. städt. Bauten: Hallenschwimmbad, Erweiterung des städt. Flußbades, Neubau einer höheren Knabenschule und einer Gemeindeschule, Umgestaltung öffentl. Plätze. Auf dem Gebiete des Tiefbaues sind geplant: Bau von Siedlungsstraßen, Neuherstellung von Straßen, Kanalbauten in den Siedlungsstraßen, Um- und Ergänzungsbauten am Kanalnetz, Weiterführung der Fuldaeregulierung, dazu kommt die Unterhaltung der öffentl. Gebäude, Schulen und Kirchen, der Straßen, Bürgersteige, Wasserläufe u. Brücken. —

Leipzig. Zusammenstellung der in Fertigstellung begriffenen und geplanten Bauten: In Fertigstellung begriffene Bauten: Erweiterungsbau der Schachtschen Stiftung, Neubau eines Tagesheims f. berufl. Erziehung,

Neubau des Grassi-Museums, Städt. Wohnungsbauten in L.-Mockau f. 212 Wohn., in L.-Leutzsch f. 186 Wohn., in L.-Paumsd. f. 180 Wohn., in L.-Lindenau f. 66 Wohn. Geplante bzw. in Aussicht genommene Bauten: Neubau eines Familienobdachs f. 320 Insassen, eines Kinderkrankenhauses f. 600 Betten, eines Säuglings- u. Mütterheims f. 180 Säuglinge, 70 Mütter, einer chem. Untersuchungsanstalt, einer 4. höheren Mädchenschule, Neubau einer höheren Maschinenbauschule, der 31. Volksschule in L.-Probstei, eines Gärtnerwohnhauses in L.-Schönefeld, eines Bürohauses für die Viehhändler im Vieh- und Schlachthof und verschiedene kleinere Neubauten, Erweiterung des Bühnenhauses im Neuen Theater, der Schwimmanstalt an der Schreiberstr., des alten Beobachtungshauses im Krankenhaus St. Jacob mit Schaffung einer Quarantänestation, Umbau der chirurgischen Privatklinik in St. Jacob und eine Anzahl von kleineren Um- und Erweiterungsbauten, Wohnungsbauten in L.-Wahren f. 131 Wohn., in L.-Schönef. f. 271 Wohn., in L.-Thonberg f. 54 Wohn., in L.-Stö. f. 52 Wohn. —

Liegnitz. Wohnungsbautätigkeit. Da in der Hauszinssteuergesetzgebung i. J. 1927 im allgem. die Grundsätze d. J. 1926 Geltung behalten, wird wie im verfloffenen Jahre der Wohnungsbau betrieben werden können. An Hauszinssteuermitteln stehen rd. 1 Mill. M. zur Verfügung. Nach den bish. Beschlüssen sollen etwa 50 v. H. dem Privatwohnungsbau, und 50 v. H. der städteigenen Bautätigkeit zufließen. Die Höhe der Sätze je Wohnung soll wie bisher 5000 Rm. betragen. Deshalb ist damit zu rechnen, daß etwa 100 Wohnungen von der Stadt und 100 Wohnungen von der Privatbautätigkeit unterstützt werden können. Darüber hinaus wird die städt. Sparkasse erststellige Bauhypotheken vermitteln. Da diese Zahl der Wohnungen bei weitem nicht ausreicht, um den Fehlbedarf auszugleichen, ist in Aussicht genommen, durch Gewährung von Zinszuschüssen das Hauszinssteueraufkommen zu strecken. Es sollen bis zu 750 000 Rm. Ausfall-Bürgschaften für Privatbaurdarlehen an Stelle von Hauszinssteuerehypotheken übernommen werden. Die endgültige Beschlußfassung der städt. Körperschaften über diesen Vorschlag steht noch aus. Jedenfalls wäre es dann möglich, weitere 75 Wohnungen zu finanzieren. Die vorhandenen Siedlungsgesellschaften werden gleichfalls nach wie vor fördernd zur Wohnungsbautätigkeit beitragen, obwohl sie mehr oder weniger von der Finanzgebarung der Stadt abhängen und ohne öffentl. Zuschüsse in keiner Weise in der Lage sind, irgendwelche Projekte durchzuführen.

Sonstige Bauten der Stadt. Der Neubau eines Arbeitsamtsgebäudes ist in Aussicht genommen. Versch. Schulerweiterungsbauten sind notwendig geworden. Der Neubau eines Rentnerheimes ist geplant, durch dessen Belegung eine große Anzahl von Wohnungen frei werden. Die Ausführung einer Tuberkulosesiedlung wird jetzt projektiert. Der Aufbau des Alten Rathauses wird im zeitigen Frühjahr erfolgen.

Die Vollendung des Neuen Rathauses ist Gegenstand eingehender Beratungen. Die Entwicklung drängt zur Vollendung des begonnenen Projektes. Für die Liegnitzer Garten- und Gewerbeausstellung sind versch. Baulichkeiten notwendig, welche in Kürze in Angriff genommen werden.

Bauten der Behörden. Die Post hat den Neubau des hiesigen Telegraphenzeugamtes in Angriff genommen. Dieser Bau soll etwa 3 Jahre dauern und wird die Summe von 1,5 Mill. M. erfordern. Die Unterbringung des Postamtes 2 hierselbst ist unzureichend geworden, so daß sich die Reichspost mit der Errichtung eines zweiten Postamtsgebäudes befaßt hat. Der Bau des neuen Eichamtsgebäudes ist in der Vorberatung. Auf Drängen der Stadt ist der Weiterbau des Liegnitzer Bahnhofes wieder in Angriff genommen.

Tiefbauten. Die Regulierung des Liegnitzer Schwarzwasserbruches ist als große Notstandsarbeit beschlossen. Mit diesem Projekt soll die Regulierung der Katzbach unterhalb Liegnitz bis zur Oder erfolgen. Eine zweite Badeanstalt soll in der Carthausvorstadt an der Katzbach zur Durchführung gelangen. Das Projekt des Liegnitzer Stadions (1. Abschnitt), soll im Baujahre 1927 zur Vollendung kommen. Die Wasserversorgung der Stadt erfordert die Herstellung eines weiteren Tiefbrunnens und mehrerer Schachtbrunnen auf dem Gelände des Wasserwerks Rudolfsbach. Das Filtergebäude soll ein neues Zementbetondach erhalten. Der städt. Schlachthof benötigt eine Erweiterung der maschinellen Einrichtungen. Es ist beabsichtigt, zwei Stück abgängige Luftkühler zu erneuern, sowie einen neuen Ammoniak-Kompressor und einen neuen Dampfkessel mit Zubehör aufzustellen. Die Kühlzellen sollen in vorhand. Räumen um 25 Stück vermehrt werden. Versch. große Kanalerweiterungsprojekte,

insbes. die Herstellung eines Hauptsammlers in der Breslauer Straße, sind in Arbeit. —

Der langegehegte Wunsch der Stadt Liegnitz, Wasserstraßenverbindung zu erhalten, ist leider bisher nicht in Erfüllung gegangen. Möge uns das kommende Jahr in der Frage des Elbe-Oder-Kanals weiter bringen, da hierdurch der Arbeitsmarkt und die Entwicklung der Stadt die größte Förderung erfahren dürften. —

Mainz. Übersicht der fertigzustellenden bzw. neu zu errichtenden städt. Bauten: Wohnhausbauten Baublock 79b = 60 Wohnungen, Baublock 87 = 60 Wohnungen, Mz. Kastel Baublock VI = 40 Wohnungen. Erweiterung des Getreidespeichers im Zollhafen, sowie der Wagenhalle und einer Autogarage der elektr. Straßenbahn. Schulhausneubau und Volksbad in Mainz-Kostheim. Erbauung eines Arbeitsnachweisamtes, einer Kunstgewerbeschule, eines Finanzamtes und eines Telegraphenamtes. Erweiterung des Krankenhauses und des Schlacht- und Viehhofes. —

Münster i. W. Städtisches Bauprogramm: Hochbauten: Bau einer kaufmänn. Berufs- und Handelsschule. Die Herstellung des Restes der städteigenen Wohnungen des Wohnungsbauprogramms von 1925, nämlich 70 Wohnungen. Erweiterungs- und Umbauten im städt. Clemenshospital: Erweiterung des Kirchenbaues nebst Anbau zur Unterbringung der Krankenschwestern und des Dienstpersonals; Ausbau des Dachgeschosses am Loerstraßenflügel zur Unterbringung weiterer Krankenzimmer für die chirurg. Abteilung; Einbau einer Kurmittelanlage im Kellergeschoß des Barbaraflügels. Auf dem städt. Schlachthof: Erweiterung der Kühlhausanlage, d. h. die Vergrößerung des Abfallkühlhauses und Anlage eines Aufbewahrungsraumes für Gefrierfleisch. Bau einer unter- u. oberirdischen Bedürfnisanstalt auf dem Dom- bzw. Ludgeriplatz. Neubau der städt. Feuerwache u. des städt. Fuhrparks. Erweiterungsbau Hüfferstift. — **Tiefbauten:** Kanalisation: Bau von Vorflutkanälen auf der Geist; Kanalisation des Tiefgebiets, Abschnitt III u. IV; Regenwasserkanäle in der Altstadt und Grevener Straße. Regulierung der Aa: Vom Schlachthaus bis zum Stauwerk bei Nevinghoff, von diesem bis Coermühle; Erweiterung des Aasees. Brückenbauten: Brücke über die Aa im Zuge der Schlachthausstraße. Brücke über den Dortmund-Ems-Kanal im Zuge der Straße Am Hawerkamp. Bau von 10 öffentl. Bedürfnisanstalten. Ausbau neuer Straßen: Hüfferstraße teilw., Wienburgstr., Sebmaringer Weg, Metzger Straße, Alberloher Weg teilw., Goldstraße, Bohlweg, teilw. Umbau vorhandener Straßen zur Verringerung von Erschütterungen, Geräusch und Staub, durch Asphaltierungen, Soliditätplaster u. Kleinplaster. —

Nürnberg. Inangriffnahme eines großen städt. Wohnbau-Zusatzprogrammes, i. g. 6000 Wohnungen. Landsiedlung zur Unterbringung exmiltierter Familien. Neubau einer Wandererherberge. Änderung im Ratsitzungsaal und Schaffung von Nebenräumen für ihn. Fertigstellung des Arbeitsnachweisgebäudes. Verwaltungsgebäude zum Autobusdepot in Schweinau. Vergrößerung bzw. Neubau der Koch- und Wirtschaftsgebäude im städt. Krankenhaus. Neubau eines Wöchnerinnenheims mit gynäkol. Klinik u. Säuglingsheims sowie einer Mutterberatungsstelle. Hochbauten im Sportpark Zeppelinfeld. Neubau für das Stadtamt f. Leibesüb. u. einer Berufsbildungsschule. Umfangreiche Erweiterungsbauten im Gaswerk und Schlachthof. Transformatorhauptstation. Verbreiterung der beiden Brücken am Einlauf der Pegnitz in die Altstadt. Umbau und Asphaltierung der nördl. Fürther Straße von Nürnberg-Altstadt bis zur Stadtgrenze gegen Fürth (4 km). Verbreiterung der Brücke über den Ludwigs-Donau-Mainkanal im Zuge der Fürther Straße. Ausbau der südl. Fürther Straße und Unterführung ders. unter der neuen Straßenbahnlinie Nürnberg-Fürth. Neukanalisation der südl. und nördl. Fürther Straße sowie in versch. Außenbez. —

Offenbach a. M. Folgende angefangene Neubauten werden i. J. 1927 fertig: Schwerkrankenbau beim Stadtkrankenhaus. Kindergarten in der Andréstraße. Etagenhaus, 9×3 Zimmerwohnungen, Ecke Hessen- und Ernst-Ludwigstraße. Etagenhaus, 4×3 Zimmerwohnungen, an der Bachstraße. 5 Etagenhäuser mit je 8×3 Zimmerwohnungen a. d. Flutstr. 2 Doppelhäuser mit 16×3 Zimmerwohnungen und 4 Künstlerateliers an der Bachstr. Außerdem werden noch einige kleine Bauwerke, wie Transformatorhäuser, Verkehrshäuschen usw. fertiggestellt. Die von den Baugenossenschaften und Privaten erstellten Häuser, (220 Wohnungen), werden bezugsfertig. —

Inhalt: Die Aussichten für das Baujahr 1927. (Schluß.) — Bauprogramme 1927. (Fortsetzung.) —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Fritz Eiselen in Berlin. Druck: W. Büxenstein, Berlin SW 48.